

# Enztal-Blote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.  
Bezugspreis M. 4.80 vierteljährlich, M. 1.60 monatlich  
frei ins Haus geliefert; durch die Post ins Inland-  
deutsches Postfach M. 4.85 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Zeile oder deren  
Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Kleinanzeigen  
75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99, in Calmbach durch die Anzeigerin.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad. n. Fernsprecher Nr. 33.

Nr. 39

Dienstag, 17. Februar 1920

Jahrgang 54

## Die Bedingungen des Wiederaufbaus.

Es wird uns geschrieben: Vor dem Krieg sind im deutschen Reich von Reich, Staat und Gemeinde zusammen 4,5 Milliarden direkte und indirekte Steuern zur Erhebung gelangt. Jetzt sind für diese Steuern zusammen 24—26 Milliarden notwendig. Das gesamte Volkseinkommen vor dem Krieg einschließlich Staatseinkommen betrug 48—45 Milliarden Mark jährlich, sodas, falls sich das Volkseinkommen durch die Papierwirtschaft nicht erhöht hätte, jetzt mehr als die Hälfte hiervon an Steuern abzugeben wäre. Die Reichsschulden hatten vor dem Krieg eine Höhe von 5 Milliarden, jetzt betragen sie 210 Milliarden, es sind also mehr als 40% des im Jahr 1914 vorhandenen gesamten Volkseinkommens verschuldet. Daraus ergibt sich, daß das gesamte deutsche Volk jetzt eine Schadensgemeinschaft bilden muß, denn nur der Staatsschulden aller Kräfte kann und noch vor dem Staatsbankrott retten. Der Bankrott darf aber schon aus sozial-ethischen Gründen niemals eintreten, da ja sonst alles Papiergeld, wie auch die Kriegsanleihen, Wechsel, Sparguthaben und dergl. kassiert werden müßten, und hierdurch würden nicht nur die Großkapitalisten, sondern hauptsächlich die kleinen Leute, Gewerbetreibenden, Beamten usw. schwer getroffen, da diese ihre Vermögen größtenteils in Papieren und Sparguthaben angelegt haben. Es gälte daher keinen Staatsbankrott, sondern tatsächlich einen Volksbankrott. Aber auch aus finanzpolitischen Gründen darf der Bankrott niemals kommen, da dann sofort, wie in Rußland, wieder neues Papiergeld gedruckt werden müßte, um hauptsächlich die Forderungen der Arbeitslosenunterstützung einzulösen zu können, da selbstverständlich mit dem Bankrott sämtliche Fabriken still stehen würden.

Nur in reinen Agrarstaaten würde ein Staatsbankrott eventuell Vorteile nach sich ziehen, da diese Staaten durch Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse ins Ausland um die sofortige neue Notenpresse herumkommen könnten. Auch ist bei uns in Preußen die Erfüllung der Verpflichtungen gegen die Kriegsschuldigen und Hinterbliebenen der Gefallenen, die im Jahre 4,3 Milliarden ausmacht, notwendig, da diesen unbedingt ihre Staatseinkommen gesichert bleiben müssen.

Das ganze Wirtschaftsleben ist z. B. bis auf seine Grundfesten erschüttert, die ganze Nation verarmt und es besteht die Gefahr, daß nur ein Scheinreichtum in Papiergeld existiert. Wenn die Abnutzung an anderen Industriebauten und Maschinen über den Krieg macht ungefähr 100 Milliarden aus und es fehlt an Rohstoffen zum Erneuern. Es ist Unsinn, wenn man sagt, das Volkseinkommen sei jetzt nach dem Krieg auf 8 bis 900 Milliarden gestiegen. Nur die Papiergeldwirtschaft hat die Werte erhöht; diese Wirtschaft würde aber auch bei dem Staatsbankrott sofort zusammenbrechen.

Die Reichsfinanzen müssen auf Grund direkter Steuern (Einkommensteuer) in Ordnung gebracht werden, da die indirekten Steuern durch Sperrung der Einfuhr in nächster Zeit sehr wenig abwerten werden. So hat z. B. die Branntweinsteuer vor dem Krieg 230 Millionen abgeworfen, im Jahre 1918 nur noch 17 Millionen, die Biersteuer 1914 130 Millionen, jetzt nur noch 30 Millionen. Allerdings könnte uns auch die Gründung von Staatsmonopolen retten, aber dies wäre alsdann der Zusammenbruch des Gewerbes.

Deutschland hat in den Kriegsjahren 1914—16 kein Kriegseinkommen erhoben. Hier sind unsere Feinde in die Höhe gekommen. Als der letzte Kanonenschuß gefallen war sind außer den Kriegsschulden noch 50 Milliarden schwebende Schulden aus dem laufenden Haushalt vorhanden gewesen. Die Schuldenlast ist aber von 25 Milliarden gestiegen, so daß jetzt im Jahr 24 bis 25 Milliarden Reichseinkommen notwendig sind und zwar etwa 11 Milliarden zur Verzinsung der Kriegsschulden, 6,5 Milliarden Abgabe an Länder und Gemeinden als Ersatz für die Einkommen- bzw. Gemeindefiskalsteuern, da die ganze Einkommensteuer nunmehr vom Reich erhoben wird. 4,3 Milliarden für Kriegshinterbliebene und -Invaliden, 1,7 Milliarden für die Reichsverwaltung und 1,5 Milliarden für das Reichsheer. Der Preisstand vor dem Krieg kann daher wohl niemals wieder erreicht werden. Und Amerika hat jetzt schon um 25 Proz. höhere Preise als vor dem Krieg. Es muß eben alles auf die neuen Preise eingestellt werden, die Löhne der Arbeiter und die Ge-

hälter der Beamten, wie auch die Preise für die landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse. Bis jetzt kommt man zu einem Gesamteinkommen von 100—100 Milliarden Mark (in Papier. D. Schr.). Aber nicht der Preisstand in Deutschland ist für unsere Zukunft maßgebend, sondern der Weltmarktpreis. Unsere Hilfe müssen wir in den wirtschaftlichen Fortschritten erblicken; durch Fleiß, durch weiteren Ausbau der Technik in unserer Industrie usw. ist diese Hilfe möglich.

## Mindestpreise für Getreide.

Dem Reichsrat ist eine Vorlage der Reichsregierung zugegangen, wonach für die Ernte 1920 Mindestpreise für die der Zwangsablieferung unterliegenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse festgesetzt werden. Diese Mindestpreise stellen die im nächsten Herbst tatsächlich zu zahlenden Uebernahmepreise dar, sondern sie sind die Grundpreise, unter die nicht herabgegangen werden darf. Erhöhungen in der Zeit bis zur nächsten Ernte die Erzeugnisse der Landwirtschaft oder tritt eine weitere Wertverminderung ein, so wird dies beim Ausmaß der Uebernahmepreise entsprechend berücksichtigt, ebenso das Preisniveau der Ernte hinsichtlich der Menge. Die auf Grund dieser Berechnung festzusetzenden Uebernahmepreise werden alsdann als die Höchstpreise für die nächste Ernte zu gelten haben. Als Mindestpreise sind nach amtlicher

Bestimmung vorgeschrieben: für Weizen, Speltz (Dinkel), Roggen, Gerste, Hafer, für Roggen, Gerste aus Hafer, der bekanntlich wieder unter Zwangsverwaltung genommen wird, 50 Mark, für Kartoffeln 25 Mark der Zentner. — Die Beratung der Gesetzesvorlage im Reichsrat und in der Nationalversammlung soll möglichst beschleunigt werden. Die Vorlage kommt einer allgemeinen und berechtigten Forderung der Landwirtschaft entgegen, denn nichts ist für den Aufbau der notwendigen Nahrungsmittel fördernder eingewirkt, als die fortwährende Unsicherheit in der Preisbildung. Deshalb ist auch der Anbau von Brotgetreide, Kartoffeln, Zuckerrüben usw. in so erschreckender Maße zurückgegangen, während die Kultur minder wichtiger Erzeugnisse, die aber einen höheren Preis hatten, wie Hafer, Tabak u. a. erheblich zugenommen hat. Wenn der Landwirt wieder mit sicheren und auskömmlichen Preisen rechnen kann, dann wird auch die Ernte wieder auf einen verhältnismäßig betriebenden Stand kommen, wofür die Zuteilung von Kunstdünger und Kohlen nur einigermaßen dem Bedarf entspricht. Zugleich wird auch der Hauptanreiz und Anlaß zum Schleichhandel entfallen, gegen den dann hoffentlich mit unerbittlicher Strenge vorgegangen wird.

## Der Fehlbetrag der preuß. Eisenbahnen.

Nach der amtlichen Uebersicht sind das Betriebsjahr 1920 der preussisch-preussischen Staatsbahnen Einnahmen in Höhe von 5594 Mill. Mark (1685 Mill. aus dem Personenverkehr, 3716 Mill. aus dem Güterverkehr, 193 Mill. aus sonstigen Quellen) vorgesehen. Die Ausgaben werden dagegen mit 11240 Mill. Mark veranschlagt, wozu noch für Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld usw. 1254 Millionen kommen, sodas sich ein Abmangel von 6,7 Milliarden ergibt. Daher sollen die Eisenbahntarife, die wiederholt und zum letztenmal vom 1. Oktober 1919 ab um 50 Prozent erhöht werden sind, nun um 100 Prozent weiter erhöht werden. Aus diesen neuen Tarifen erwartet man eine Mehreinnahme von günstigstenfalls 5400 Mill. Mark, es verbleibt also noch ein ungedeckter Fehlbetrag von 1300 Millionen. Da aber im Betriebsjahr 1920 abermals mit neuen Lohnerhöhungen, Materialvermehrung usw. zu rechnen ist, so sind vom Eisenbahnministerium bereits weitere Tarifierhöhungen in Aussicht gestellt worden. Wie weit das noch gehen kann, ist dunkel.

## Neues vom Tage.

### Die Note des Dreierrats eingetroffen.

Berlin, 16. Febr. Die Antwort auf die deutsche Note vom 25. Januar ist gestern in Berlin eingetroffen.

Berlin, 16. Febr. Die „Kriegszeitung“ führt den Sinn der deutschen Note vom 25. Januar noch einmal zusammen, daß sie erstens das äußerste Entgegenkommen bedeute, zweitens, daß nicht die Entente, sondern Deutschland bestimme, wie weit und welche Personen dem Ab-

ter zugeführt werden sollen, drittens, eine zweite Finanz ebenfalls nur aus einem deutschen Gerichtshof bestehen könne, der besonders zu bilden wäre und viertens, daß eine Auslieferung der tatsächlich Verurteilten an die Entente ausgeschlossen sei.

## Grundlose Beschuldigung.

Berlin, 16. Febr. Der Ausschuß zur Untersuchung der Anlagen wegen angeblicher völkerrrechtswidriger Behandlung von Kriegsgefangenen in Deutschland stellte fest, daß die Angelegenheit im Haushaltsausdruck der Nationalversammlung und einiger deutscher und ausländischer Zeitungen gegen die Zustände im (englischen) Gefangenenlager Kuhlleben unbegründet sind und daß die Vorwürfe gegen die Amtsführung des Feldwebelkernants Rüdiger nicht gerechtfertigt sind.

## Bayernbund für den Wiederaufbau.

München, 16. Febr. Unter Teilnahme von Vertretern verschiedener Parteirichtungen und wirtschaftlicher Berufsstände aus ganz Bayern ist gestern hier ein „Bayernbund für Deutschlands Wiederaufbau“ gegründet worden. Er erstreckt sich über das ganze Land und hat die Wiederherstellung nationaler Gesinnung, sowie Entschung der Schaffensfreude und der Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands zum Ziel.

## Kohlenhunger der Franzosen.

Berlin, 16. Febr. Wie die „D. Allg. Ztg.“ hört, wird von der französischen Kommission in Oberschlesien ein Verfügungsrecht über die obersteleische Kohle ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse Deutschlands angefordert. Es sei dringend zu wünschen, daß unüberzüglich festgestellt werde, daß diese Kohle nicht zuträffe, denn wenn der deutschen Produktion die obersteleische Kohle entzogen werde, so hätten alle Bemühungen einer Steigerung der Produktion im Ruhrgebiet keinen Zweck.

## Streit der Tabakpflanzer.

Freiburg, 16. Febr. Die unter den Tabakpflanzern schon seit langem herrschende Unzufriedenheit wegen der seitens der Höchstpreise für Tabak hat heute dazu geführt, daß die Tabakpflanzler des Bezirkes Lahr den Streit beschlossen haben, das heißt, sie wollen keinen Tabak mehr abliefern, sondern ihn selbst verarbeiten. Nach dem Bremer Abkommen muß der Tabak zum Höchstpreis von 320 bis 450 Mark pro Zentner abgeliefert werden. Die Unzufriedenheit richtet sich dagegen, daß die Fertigfabrikate (Zigaretten usw.) keine Höchstpreise erhalten und daß für solche Fabrikate keine Höchstpreise festgesetzt werden, die in keinem Verhältnis stehen zu den Preisen für die Rohstoffe. Der Streit ist auf das ganze Land ausgebrochen und man sieht vor sich Folgen ausgedehnt werden, die ein allgemeines militärisches Eingreifen nach sich ziehen könnten.

## Protest der vertriebenen Elsaß-Lothringer.

Freiburg, 16. Febr. Der Vorstand der Landesgruppe Baden des Hilfsbunds für die Elsaß-Lothringer im Reich, der 25 Ortsgruppen in Baden mit wenigstens 40000 vertriebenen Elsaß-Lothringern vertritt, erhebt in einem Schreiben an die Reichsminister Gessler, Erzberger und Koch Protest dagegen, daß das Reichsfinanzministerium zur Vorenthaltung einiger Angehöriger der früheren lothringischen Schwerindustrie 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt habe, während bisher für ein über 100000 andere Vertriebene, die sich zum größten Teil in bitterster Not befinden, keine Mittel vorhanden waren und bis heute nicht bereit gestellt worden seien.

## Ein Wendepunkt?

London, 16. Febr. In diplomatischen Kreisen Frankreichs glaubt man, wie aus Paris gemeldet wird, daß die englische Politik angesichts der schwierigen inneren Lage Englands, der Lloyd George Regierung tragen will, an dem Wendepunkt angelangt sei, namentlich was das Verhältnis zu Frankreich anlangt. Man befürchtet, daß ein Frankreich, dessen Politik in den letzten Jahren ausschließlich auf die Unterstützung Englands gegründet war, auf die Früchte seines Sieges verzichten müßte.

## Kohlenmonopol.

Prag, 16. Febr. Die tschechischen Regierungsparteien haben sich geeinigt, an Stelle der Kohlensteuer den Kohlenhandel zu verstaatlichen.

## Prozess Erzberger—Helfferich.

Berlin, 18. Febr.

In der heutigen Sitzung des Erzbergerprozesses wurde der Fall Kowatsch angeschnitten. Es handelt sich dabei um ein Verfahren, bei dem aus flüchtiger Luft ein Sprengmittel hergestellt wird. Nach der Darstellung Helfferichs hat Erzberger sich an diesem Unternehmen finanziell beteiligt und dann den Sprengstoff mit alten Mitteln bei den Behörden zu fördern gesucht.

Ministerialdirektor Neuhaus beklundet u. a., daß die Interessenten sich gegen die Einführung des erwähnten Verfahrens aus technischen und finanziellen Gründen gewehrt hätten.

Erzberger gibt an, 1910 habe sich Kowatsch, der Erfinder des Verfahrens, an ihn gewandt, und er habe, da der Erfinder arm gewesen sei, selbst den Betrag gezahlt und dann das Handelsministerium dafür zu interessieren versucht, wobei er aber von vornherein erklärt habe, daß er selbst die Sache finanziell unterfühle. Er habe das allgemeine Interesse, insbesondere den Schutz der Bergarbeiter gegen Schlagwetterexplosionen, im Auge gehabt. Die Sache habe das Handelsministerium nie einen Pfennig gekostet.

Auf Vertragen gibt Erzberger an, seine finanzielle Beteiligung an dem Unternehmen habe 2200 Mark betragen. Wenn ihm bei seinem Ausscheiden aus der Gesellschaft 30 000 Mark ausbezahlt worden seien, so sei dies die Frucht einer fast fünfjährigen angespannten Arbeit im Dienste des Unternehmens. — Helfferich stellt fest, daß das Patent schließlich für 900 000 Mark noch während des Kriegs an das Ausland veräußert worden ist. — Erzberger erklärt hierauf, daß er zur Zeit des Verkaufs des Patents der Gesellschaft nicht mehr angehört habe. Im übrigen sei der Verkauf an das neutrale Ausland erfolgt.

Hierauf wird der Erfinder Ingenieur Kowatsch vernommen. Durch Vermittlung Erzbergers ist dem Zeugen eine staatliche Versuchsanstalt zur Verfügung gestellt worden.

Kurz vor Beendigung der Mittagspause kam es zu einem Zwischenfall. Ein junger Mann, der sich Zugang zum Zuhörerraum verschaffen wollte, wurde vorläufig festgenommen, weil man bei der üblichen Durchsuchung in seiner Manteltasche einen Revolver fand. Da der Betreffende einen Waffenschein nicht besaß, wurde er zur Feststellung seiner Persönlichkeit zur Wache gebracht.

Rechtsanwalt Alsberg: Ich richte folgende Frage an den Nebenkläger: Haben Sie in Gladbeck in Westfalen mit dem Direktor der staatlichen Bergbauinspektion, Geh. Oberbergamt Mehr, wegen einer Lizenzgebühr verhandelt?

Erzberger: Das ist möglich, ich glaube, ich habe damals einen Pfennig für die Lampe gefordert.

Alsberg: Man hat Ihnen dabei vorgerechnet, daß der Staat in diesem Fall Ihnen jährlich 4 Millionen Mark, der Kohlenbergbau jährlich 3 1/2 Millionen Mark Lizenzgebühr zahlen müßte, wenn man Ihr Verfahren einführen wollte.

Erzberger (auf die Frage des Vorsitzenden, ob eine solche Unterredung stattgefunden habe): Ich kann mich nicht genau erinnern. Ich habe mehrere derartige Unterredungen geführt und den Herren vorgerechnet, wie große Erdarmut sie bei der Einführung des Kowatschen Verfahrens machen würden.

Hierauf wird der Fall Anhydrid-Veder behandelt. Helfferich gibt an, ein Kommerzienrat Neßberg aus Hersfeld habe während des Kriegs die Herstellung von sog. Anhydrid-Veder ausgenommen. Er habe es für angezeigt gehalten, den damaligen Abgeordneten Erzberger er dieser Fabrikation zu interessieren. Auch nach seiner Ernennung zum Staatssekretär und Reichsminister habe Erzberger die Beteiligung beibehalten.

Erzberger macht geltend, daß in fast allen Staaten Europas es Minister gebe, die an industriellen Unternehmungen beteiligt seien. Es sei zutreffend, daß er seine Aktien auch nach seiner Ernennung zum Minister behalten habe. Das sei jedoch auch unter dem alten Regime durchaus nichts Ungewöhnliches gewesen.

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen.

## Württ. Landtag.

Stuttgart, 18. Febr.

(75. Sitzung.)

Zunächst wird die Abstimmung über die Anträge zur Eingabe der Handwerkskammer Stuttgart betr. den

### Wahlfundentag

vorgenommen. Der Antrag Fischer-Hiller (BB.), daß alle gewerblichen Mittel- und Kleinbetriebe, insbesondere die handwerksmäßigen Betriebe, von der Bestimmung über die achtstündige Arbeitszeit ausgenommen werden sollen, wird mit 100 gegen 19 Stimmen (Bürgerpartei und Bauernbund) abgelehnt.

Annahme findet mit 73 gegen 46 St. (Soz. und Unabh.) der Antrag Henne-Schuler: „Das Staatsministerium zu ersuchen, dafür einzutreten, daß bei der rechtlichen Regelung der Arbeitszeit Bestimmungen getroffen werden, wonach entsprechend den eigenartigen Verhältnissen des Handwerks, insbesondere beim Nahrungsmittel-, Bau- und Saisongewerbe, Befreiung von der gesetzlichen Regel gewährt wird.“ Ferner findet Annahme Biff. 2 des Ausschuhantzugs: „Die bisherigen vom Arbeitsminister genehmigten Ausnahmegestimmungen weiterhin anzuwenden zu erhalten und in besonders dringlichen Fällen nach Anhörung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorübergehend über die 11stündige Frist hinauszuweichen.“ Zustimmung findet auch noch der weitere Antrag Henne-Schuler: „den Arbeitsminister zu ersuchen,

die mit dem 31. Dez. 1919 außer Kraft gesetzte Verfügung vom 5. Nov. 1919, welche Ausnahmen von der achtstündigen Arbeitszeit zuläßt, für eine mit den Beteiligten zu vereinbarende Zeitdauer wieder in Kraft zu setzen, sobald nach Anhörung der Beteiligten ein Bedürfnis dafür anzuerkennen ist und sie dahin abzustimmen, daß neben den Arbeitnehmern auch die Arbeitgeber anzuhören sind.

Dann beginnt man mit der ersten Beratung des neuen Schulgesetzes.

Kultminister Dr. v. Dierber führt aus: Durch das Gesetz sollen in erster Linie die beamteten Verhältnisse der Lehrer denen der staatlichen Beamten angeglichen werden. Ferner sieht der Entwurf eine angemessene Bezahlung des Fortbildungsschulunterrichts vor. Bei der Einführung des 8. Schuljahrs ist Württemberg gegenüber anderen deutschen Ländern ein wenig im Rückstand. Die Schüler werden künftig die Schule im Alter von 14 1/2 Jahren verlassen. Die Lehrerzahl wird sich in den nächsten Jahren so steigern, daß Lehrer zur Durchführung der achtjährigen Schulpflicht genügend zur Verfügung stehen; die Schülerzahlen oder werden im allgemeinen in den nächsten Jahren erheblich abnehmen; in den nächsten 5 Jahren nach den Berechnungen des statistischen Landesamts um etwa 110 000 Schüler und im Jahre 1928 soll die Zahl der Schüler nur noch die Hälfte der Zahl von 1919 betragen. Auch hinsichtlich der Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs und der Vermittelung von Mitteln etwas rückständig geworden; Schulgeld wird noch erhoben in 857 evangelischen und 125 katholischen Gemeinden mit einem Gesamteinkommen von 185 000 Mk. Weitere Ausführungen macht der Minister dann über die Zusammenfassung des Ortschulrats und über die Zusammenlegung und Vereinfachung der Geschäfte der Oberschulräte, sowie über die Erteilung des Religionsunterrichts. Wir, wie es die Reichsverfassung und auch unsere Verfassung tut, Staat und Kirche von einander trennen, andererseits aber den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach bestehen lassen, ist eine glatte Lösung der Frage der Erteilung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts nicht möglich. Die Kirchen haben alles Interesse daran, daß staatlicher Zwang von diesen Gebieten ferngehalten wird, der Staat hat seine eigene Interessen daran, daß die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Staatsbürger hoch gehalten wird. Doch hier größte Schonung in Achtung des Bestehenden zu betonen. Jeder andere Weg könnte unseren Staat nur zu einem neuen Wirrwarr und Strudel hineinführen. Der Gedanke eines rein schulpflichtigen, von jedem Zusammenhang mit der Kirche losgelösten Religionsunterrichts hat heute nur noch eine ganz verschwindend kleine Zahl von Anhängern. Andererseits ist es auch nicht richtig zu sagen: der Religionsunterricht gehört bloß der Kirche. Die Doppelbeaufsichtigung des den Religionsunterricht erteilenden Lehrers soll in Zukunft wegfallen.

Minister Heymann (S.): Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in der Reichsverfassung eine Erklärung zur Teilnahme am Religionsunterricht vorgelesen ist, während der vorliegende Entwurf eine Erklärung über die Befreiung verlangt. Einig sind wir jedenfalls in der Forderung vollständiger Gewissensfreiheit. In der Frage der Zugehörigkeit des Geistlichen zum Ortschulrat kann durch das vorliegende Gesetz nur eine Vertagung herbeigeführt werden, da das Schulgesetz hierüber die endgültige Entscheidung treffen wird. Mit der Regelung der Oberschulaufsicht können wir einverstanden sein, dagegen hätten wir gewünscht, daß man in der Ortschulbehörde die verschiedenen Konfessionen vereinigt hätte. Der Redner wendet sich dann dagegen, daß vor kurzem ein hoher Würdenträger der katholischen Kirche die Simultanschule als einen Schlag gegen die Gewissensfreiheit bezeichnet habe. Wenn der Kampf in dieser Weise geführt werde, so werde es schwer werden, den geschlossenen Kompromiß durchzuführen. Das Zentrum werde sich auch in Württemberg daran gewöhnen müssen, die Anhänger nicht nur der Simultanschule, sondern auch der bekanntlich Schule auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu behandeln. Nur ist uns (Soz.) das Verbleiben in der Koalition möglich.

Abg. Vöchner (D.D.P.) hält die in Art. 13 vorgesehene Lösung der Frage der Erteilung des Religionsunterrichts für zweckmäßig und begrüßt auch die gemeinsame Ministerabteilung.

Abg. Dr. Baur (S.): Die vom Kultminister gemachten Ausführungen gehalten die Möglichkeit einer Verständigung. Angesichts des Friedens von Versailles und der hochverehrlichen Gefahr müssen wir die Einigkeit im Innern bewahren. Auch wir haben den Wunsch, die Koalition, als die unter den gegenwärtigen Verhältnissen einzig mögliche Regierungsform, aufrecht zu erhalten. Dann darf man aber dem einen Teil nicht fortwährend Zumutungen machen, die an die religiöse Gewissensfreiheit greifen. Gerade die 8 Punkte der süd-deutschen Kultministerkonferenz haben so große Unruhe geschaffen. Bei uns ist die ganze Schulpolitik auf ein festes Gesetz gestützt worden. Auf der einen Seite spreche man von Trennung von Staat und Kirche und der Zuweisung des Religionsunterrichts an die Kirche im Entwurf werde aber nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß der konfessionlose Staat die Leitung der konfessionellen Religionsunterrichts an sich nehmen soll. Morgen 9 Uhr Fortsetzung.

### Anfragen.

Der Abg. Wider und die übrigen Mitglieder der Bürgerpartei und des Bauernbundes haben folgende Anfrage gestellt: „Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Verteilung der Verteilungen von Angehörigen der Entente gegenüber Deutschen gesammelt, veröffentlicht und geführt werden?“

Ein weiterer Antrag des Abg. Wilhelm Vogt und Gen. (D.D.P.) ersucht das Staatsministerium, bei dem

Reichsministerium dahin zu wirken, daß die Verfügung über die Beschlagnahme der Tabakernte von 1919 sofort zurückgenommen wird und daß angefallen der Tattsache, daß für Fertigfabrikate keine Höchstpreise festgesetzt sind, auch der Rohstoff freigegeben wird und keine Zwangsabnahme erfolgt.

Von der D. dem. Partei sind folgende Anfragen beim Staatsministerium eingegangen: Dem Vernehmen nach sind Bestrebungen im Gange, um das Gebiet des Staates Württemberg bei Übernahme der Verkehrsanstalten auf das Reich in zwei Oberpostdirektionsbezirke zu zerlegen. Welchen Standpunkt nimmt das Staatsministerium diesen Bestrebungen gegenüber ein? — Ist das Staatsministerium bereit, die nötigen Schritte einzuleiten, um sobald als möglich das Verfügungsrecht über die in Württemberg leerstehenden Kasernenräume, insbesondere zur Milderung der Wohnungsnot, zu erlangen.

## Stuttgarter Brief.

Stuttgart, 14. Febr.

S.O. Das milde Wetter, als Frühlingsbote sonst hergelaufen, hat neudeutsche Vorzeichen der lieblichen Jahreszeit mit sich gebracht: die allerorts auflodernden Streiks. Seit Wochen streiken die Elektromonteur, sei einigen Tagen stehen vor den Banken der Landeshauptstadt die mehr oder minder zahlreichen Streikposten beim Ausstand befindlichen Vantangehängen, und so wird es noch weiter gehen, denn es friert auch in anderen Bereichen. Es ist ganz unbegreiflich, wie z. B. die Bankbeamten, die doch zu einem großen Teil aus geistigen Arbeitern bestehen, keinen anderen Weg finden können, um ihre Forderungen, soweit sie gerecht und erreichbar sind,

zum Erfolg zu bringen, als die Arbeitseinstellung. Wann wird der Tag kommen, an dem alle Volksgenossen erkennen werden, daß jeder veräumte Arbeitstag eine Schaufel Erde auf das Grab des deutschen Wohlstandes bedeutet?

Das politische Leben ist durch den Zusammentritt des Landtags neu belebt worden. Die große Aufregung, die die Veröffentlichung der Auslieferungsliste der Affilierten ausgelöst hat, hat sich zwar äußerlich etwas gelegt, innerlich ist sie jedoch in Stuttgart allenthalben noch vorhanden. Anknüpfend an die veröffentlichten Namen hat sich gleich eine große Herumnraterei eingestellt, wer von den Genannten wohl Württemberger sei. Leider hat sich an diesem Herumnraten auch die Presse beteiligt, und damit in dem einen oder anderen Fall, wo die Entente selbst über die Verlichkeit des zu Fordernden im Unklaren war, ohne es zu wollen, gewisse Helferdienste geleistet. Es steht jedoch nunmehr zweifellos fest, daß mehrere Württemberger auf der Liste stehen.

Die Unruhe innerhalb der Leitung und des Personals des Landestheaters will sich nicht legen. Nach dem Kesseltreiben um die Befetzung des Intendantenpostens hat jetzt eine unverantwortliche Heße gegen den Verwaltungsdirektor Hofrat Paul eingeleitet, die sich hauptsächlich der Spalten des Organs der Unabhängigen und der „Schwäbischen Tagwacht“ bedient. Mit der größten Dreistigkeit werden in anonymen Einsendungen durch nichts begründete Vorwürfe und Beschuldigungen gegen den verdienten alten Beamten hervorgebracht, so daß sich sogar das Kultministerium genötigt sah, mit einer öffentlichen Regelung in den Streit einzugreifen.

## Württemberg.

Stuttgart, 14. Februar. (Sonntagsverkauf.) Von Seiten der Zentrumspartei ist im Landtag der Antrag eingebracht worden, die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß im Falle des Bedarfs in Orten bis zu 25 000 Einwohnern Sonntag die Läden 3 Stunden offen gehalten werden dürfen, sofern der Verkauf nur durch den Inhaber oder dessen Angehörige ausgeübt wird.

Heilbronn, 15. Febr. (Schlechte Theaterausichten.) Der Fehlbetrag in der Jahresrechnung des Theaters ist auf 281 000 Mark gestiegen. Die Sammlung von freiwilligen Beiträgen ergab einen vollständigen Misserfolg. An jährlichen Spenden für die nächsten drei Jahre sind insgesamt 8795, an einmaligen Beiträgen für das laufende Jahr 5860 Mark gezeichnet worden.

Von der Enz, 15. Febr. (Die Jugkontrolle.) Die Art der Jugkontrolle auf Lebensmittel in Württemberg erregt bei der badischen Nachbarschaft große Mißstimmung. So erschien letzter Tage im „Sporzh. Anzeiger“ ein Eingebänd, daß in Calw aus einem Wagen eine Karlsruher Frau von einem 2 und 6jährigen Kind weg herausgeholt wurde, weil sie einige Lebensmittel bei sich hatte. Die Frau mußte in Calw zurückbleiben und die weinenden Kinder wurden von mitleidigen Hirscheimern mitgenommen. Den großen Schiebern passiert so etwas nicht; sie fahren im Auto oder im Lustschiff.

Tübingen, 15. Febr. (Freispruch.) Der 19jährige Jögling des Lehrerseminars Gottlob Fischer in Tübingen, der am 22. Oktober v. J. mit seinem Oheim und einem Sohn desselben wegen Erbschaftsangelegenheiten in Streit geraten war und dabei beide erschossen hatte, wurde von den Geschworenen freigesprochen, nachdem Universitätsprofessor Dr. Reiß als Sachverständiger beklundet hatte, daß Fischer zur Zeit der Tat „jugendirrsinnig“ gewesen sei. Die Kosten des Verfahrens wurden auf die Staatskasse übernommen.

Schlierbach, O.L. Göttingen, 15. Febr. (Brand.) In der Nacht zum Freitag brach ein Kaminbrand in dem Wohn- und Oekonomiegebäude des Bauern Gg. Kitz aus, der das ganze Anwesen einäscherte.

Heidenheim, 15. Febr. (Neue Fahrten.) Die hiesigen Fuhrwerksbesitzer haben für Wespennarbeiten nachstehende Preise festgesetzt: Holzabfuhr je nach Entfernung 15–25 Mk. pro Kammeter, Adern, Düng- fuhren 15 Mk. pro Stunde, Zwischpanner im Taglohn 12–18 Mk. für 1 Stunde.

Laichingen, 15. Febr. (Wandspinnkurs.)



durch Gewerbevereinsvorstand Kirschmer ins Leben gerufene erste Handspinnkurs hat seinen Abschluß gefunden. 15 Personen nahmen teil, darunter ein Fräulein Otto aus Rürtingen. Bei der Schlußfeier wurde auf die Bedeutung des Flachbaus in Verbindung mit der Handspinnerei, wie früher in den ländlichen Spinnstuben heimisch war, hingewiesen. Schultheiß Seeger gab der Hoffnung Ausdruck, daß im Herbst ein zweiter Kurs folgen möge. Harrer Sautter betonte, daß nur rasche Handarbeit wieder zur Höhe führe. Rohstoff- und Kohlennot, Walfuta und die hohen Fabrikpreise zwingen dazu, der Handspinnerei mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

**Wurzach, 15. Febr.** (Klosterschule.) Nach dem „Anzeiger“ soll auf dem Gottesberg eine Filiale des Klosters Wurzach (bei Bregenz) und in Verbindung damit eine kleine Latein- und Realschule errichtet werden.

**Zwiefalten, 15. Febr.** (80. Geburtstag.) In aller Stille feierte hier in seiner Heimat der schwäbische Kunstmalers Karl Baumeister den 80. Geburtstag.

### Handel und Verkehr.

**Winnenden, 14. Febr.** (Zahrmarkt.) Dem Schweinemarkt waren 85 Stück Milchschweine zugeführt. Der größte Teil wurde zum Preise von 250—320 M. pro Stück abgesetzt. Der Holzmarkt war mit 5 Wagen Schnitware, 1 Wagen Böhle und 2 Wagen Leitern und Dachrinne besetzt. Bei sehr hohen Preisen war der Verkauf schleppend.

### Baden.

**Karlsruhe, 15. Febr.** Der Bad. Beamtenbund hat der Regierung folgenden einstimmig gefaßten Beschluß zur Kenntnis gebracht: Die badischen Beamten sind empört über die jeder Menschlichkeit und göttlichen Recht Hohn sprechende Zumutung der Feinde, deutsche Volksgenossen vom deutschen Volk auszulieferen zu verdrängen mit Entschädigung zurück zu erklären, daß sie niemals über sich bringen werden, bei der Auslieferung deutscher Mitbürger. Sie bitten daher die Regierung, in Bezug der Reichsregierung mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß diesem Verlangen unter keinen Umständen Folge geleistet wird.

**Karlsruhe, 15. Febr.** Das Mitglied des bad. Landtags, Abg. Alfred Massa (Dem.) hat aus persönlichen Gründen sein Mandat niedergelegt. An seine Stelle tritt Frau Helene Plate nius aus Freiburg.

**Karlsruhe, 14. Febr.** Ein neuer Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern, die 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und sich dahin zur Ruhe setzen oder um ihre Ruhebezüge nachsuchen, gesetzt die nach Vollendung des 15. Lebensjahres vor dem Krieg oder während des Krieges in den Ruhestand getreten sind und in der Zeit vom Beginn des Krieges bis 31. März 1919 mindestens 1 Jahr lang ununterbrochen im Staatsdienst verwendet worden sind, den Ruhegehalt und die Hinterbliebenenversorgung um 10 v. H. erhöhen. Während das entsprechende Reichsgesetz die einzelnen Bezüge mit dem Betrag von 10 v. H. erhöht, soll nach dem bad. Gesetzentwurf der für die Berechnung des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenversorgung maßgebende Einkommensanschlag um 10 v. H. mindestens aber um 100 M. erhöht werden. Ein zweiter Gesetzentwurf bewirkt die Befestigung der im Gehaltsstufen des Jahres 1908 und der dazu gehörigen Gehaltsordnung enthaltenen Einzelheiten. Danach sollen die Bestimmungen, nach denen einzelne Beamtenstellen in verschiedenen Gehaltsklassen eingeteilt sind (sogen. Dreiteilung, Fünftelung etc.) beseitigt werden, damit die Beamten, wie dies anderen deutschen Ländern der Fall ist, ohne Unterbrechung in ihrem Gehalt vorrückten können. Ferner sind wegen der Überleitung der Eisenbahnverwaltung auf Reich einige Stellen der Eisenbahnverwaltung in höhere Klassen eingereiht und die Beamten der Tarifklasse 3 unter Aufhebung dieser Klasse in die Klasse R 2 aufgenommen.

**Baden-Baden, 15. Febr.** Hier wurde Salvafan im Wert von 2 Millionen M., das ins Ausland geschmuggelt werden sollte, beschlagnahmt.

Die Schneider, Gipser, Maurer und Zimmerleute streiken. Sie verlangen einen Lohnzuschlag von 100 Prozent.

**Hodenheim b. Schwetzingen, 15. Febr.** Die Polizeikräfte hier drei Frauen, die in Warenhäusern in Mannheim und Heidelberg Wäsche- und Kleidungsstücke im Wert von etwa 30 000 Mark gestohlen hatten.

**Mosbach, 15. Febr.** Der bad. Staat hat sich bereit erklärt, die Elektrizitätsversorgung des Kreises auf seine Kosten durchzuführen.

**Waldorf b. Bonndorf, 15. Febr.** Einem Raubmord in der Nähe unseres Orts ein ungefähr 60-jähriger Mann, dessen Name noch nicht bekannt ist, zum Opfer gefallen. Der Tote lag in einem Frischweier bis an Brust im Wasser. Der Kopf wies blutige Wunden. Kopf und Mantel waren geraubt.

**Vengdenbach, 15. Febr.** Durch Feuer ist das umfangreiche Anwesen des Landwirts L. Armbruster Oberenderbach völlig eingeschmitten worden. Der Schaden wird auf über 100 000 M. geschätzt. Es liegt weitestgehend Brandstiftung vor.

**Donau, 15. Febr.** (Salutagewinn.) Baumunternehmer in Balingen veräußerte sein Auto nach der Schweiz. Dabei hat ihm ein Salutarium von 160 000 M. in den Schoß.

### Vermischtes.

**Schicksale des Silbers.** Zu den in Vorkriegszeiten geschätzten Dingen, die nunmehr ein neues Ansehen gewinnen, gehört auch das Silber. Zwar lang ja ein vielverbreitetes Lieb: „Es muß ja nicht alles von Gold sein; auch das Silber hat seinen Wert“, aber

mit diesem Wert des Silbers hat es mit Zeit her, und seit Anfang der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts war besonders durch den Ueberzug Deutschlands und dann einiger anderer Staaten zur Goldwährung der Silberpreis immer weiter gesunken und im Jahre 1894 beschäftigte sich eine deutsche „Silberkommission“ mit „Maßregeln zur Hebung und Befestigung des Silberwertes“, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Das Gold, das gleichende Gold, schien den Kaiserlichen Schatz des Silbers für immer verbunkelt zu haben. Es war wieder so geworden, wie in jenen Tagen Salomos, von denen die Bücher der Chronik erzählen, daß „alle Trinkgefäße des Königs und alle Gefäße seines Hauses aus reinem Gold waren; keines war aus Silber, denn Silber war nicht angesehen in den Tagen Salomos“. Heute ist Silber wieder sehr „angesehen“. Das beweist der Anlauf der alten Silbermünzen durch die Reichsbank; das beweisen die „Silberbörsen“, die sich allenthalben aufgetan haben und auf denen Riespreise gezahlt werden. Auf dem maßgebenden Silbermarkt in London wurde innerhalb der letzten 50 Jahre für die Unze „Standard-Silber“ (mit einem Feingehalt von 37/40) immer weniger gezahlt: 1871 noch 60 1/2 Pence, heute ist dieser Preis um das Siebenfache und mehr gestiegen. Die Silbermünzen werden in London ebenso eingeschmolzen wie bei uns, und eine wilde Jagd nach Silber rasst durch die ganze Welt bis nach China hin, von wo es nach Sibirien und von dort nach Rußland geht. Ein Fachmann weist darauf hin, daß bereits einmal in der Geschichte ähnliche Zustände geherrscht haben und die Silbermünzen in die Hände der Silberschmiede wanderten, um in alle Arten von Geräten für den täglichen Gebrauch umgearbeitet zu werden und so eine Kapitalanlage zu bilden. Das war gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Damals waren große Mengen von Silbergeräten während der Revolutionskämpfe konfisziert und vernichtet worden. Der Bedarf nach Rohsilber stieg also außerordentlich, und das Metall erhielt, auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Verarmung während der Revolutionskriege, einen sehr hohen Wert. Silbermünzen wurden daher immer spärlicher, und schließlich mußte das Parlament einschreiten, indem es sich ein Gesetz vom Jahre 1696 festsetzte, daß Silber nur in einem hohen Grad des Feingehaltes, in den sogenannten „Britannia-Standard“, verarbeitet werden dürfe. Da dieses Silber viel feiner war als die Silbermünzen, so lohnte es sich nicht mehr, die Silbermünzen einzuschmelzen, und das Gold wurde dadurch geschützt. Nachdem 23 Jahre dieses Gesetz mit größter Strenge durchgeführt worden war, war die Silberknappheit wieder behoben, und im Jahre 1719 konnte der alte Silber-Standard, der für Münzen wie Geräte gleichermaßen galt, wiederhergestellt werden. Bei dem Verkauf von Silbergeräten, der jetzt ebenfalls einen großen Umfang annimmt, kommt nicht selten zu dem Silberwert noch der Kunstwert hinzu, der den Preis für den betreffenden Gegenstand unter Umständen außerordentlich erhöhen kann. Für die Beurteilung des Kunstwertes gibt es freilich nur sehr wenige Kenner. So brachte jüngst eine Dame ein Silbergerät zu einem bekannten Londoner Juwelier, der ihr dafür nach bestem Wissen und Gewissen 250 Pfund bot. Als sie es dann aber einem Silberschmied anbot, so zahlte der 1250 Pfund dafür, weil er das Gerät als die Arbeit eines berühmten Silberschmiedes des 18. Jahrhunderts, Paul Lamerie, erkannte. Solche Kunstwerke dürfen natürlich nicht nach dem Gewicht verkauft werden, und es ist daher das Beste, wenn man ein älteres und schon gearbeitetes Silbergerät veräußern will, daß man sich an einen anerkannten Sachverständigen wendet.

**Der Streit um die deutschen Dampfer.** Die großen in den Häfen der Vereinigten Staaten liegenden ehemaligen deutschen Postdampfer sollten am 16. Febr. in New York versteigert werden. Englische Agenten wollten sie für England erwerben, aber die öffentliche Meinung in Amerika geriet darüber in große Erregung. Nun hat der bekannte Zeitungsverleger Hearst eine Verordnung der Regierung erwirkt, die die Versteigerung verbietet.

**Milch für das rheinische Industriegebiet.** Mit den Moskorei-Verträgen Hollands sind Verhandlungen eingeleitet wegen Milchlieferungen für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Für die Dauer von zwei Jahren sollen täglich im Sommer 50 000 und im Winter 30 000 Liter geliefert werden.

**Keine Kinder nach England.** Der Gemeinderat von Bradford hat den Vorschlag, 1000 Kinder aus Mitteleuropa einige Zeit in Pflege zu nehmen, verworfen, da in Bradford Kinder seien, deren Eltern von den Eltern der deutschen Kinder ermordet worden seien. (1)

**Hebung der Lebensmittelpreise.** In einer Besprechung der landwirtschaftl. Verbände und der politischen Parteien mit dem Ernährungsbeirat des bad. Landtags im Ministerium des Innern wurde festgestellt, daß die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Getreide, Fleisch, Milch, Fett und Kartoffeln zurzeit unmöglich sei. Die landw. Erzeugnisse sollen künftig durch landw. Berufsgenossenschaften erfaßt werden. Die Regierung wird in Berlin dafür eintreten, daß den Landwirtschaftern schon jetzt die Preise für die kommende Ernte bekannt gegeben werden.

**Zucker aus Holz.** Der Zellstoffabrik Waldhof wurden zwei Verfahren patentiert, die die Umwandlung von Holz in Zucker zum Gegenstand haben. Das Patent ist aber bei den schwierigen Rohstoffverhältnissen zurzeit wenig von Bedeutung.

**Die Ernte von 1919.** Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamts wurden geerntet in Tonnen: Winter- und Sommerweizen 2 169 139 (1918: 2 338 896), Winter- und Sommerroggen 8 104 443 (6 676 311), Winter- und Sommergerste 1 910 363 (2 035 830), Hafer 4 493 698 (4 381 222), Erbsen 104 699 (88 198), Kartoffeln 21 449 186 (24 744 163), Zuderrüben 5 817 817 (8 611 006).

**Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung.** Nach einer amtlichen Mitteilung wird die Zwangsbewirtschaftung von Obst vom 15. Febr. ab aufgehoben.

**Spende des Papstes.** Papst Benedikt XV. übermittelte dem Kardinal Fürstbischof Vertram in Breslau eine halbe Million Lire für die bedürftigen Kinder Deutschlands.

**Wieder eine Reichsstelle!** Eine besondere Gesellschaft zur Bewertung der verbotswidrig eingeführten Waren dem Reichsamt als vorfallend erklärten Waren ist nunmehr in Form einer G. m. b. H. mit einem vorläufigen Stammkapital von 100 000 M. gegründet worden.

**Zündholzpreis.** Wie aus Berlin gemeldet wird, soll der Zündholzpreis von 13 auf 35 Pfg. die Schachtel erhöht werden. Da hat sich das Gusperrn der Zündhölzer durch die Spekulationen gut bezahlt gemacht.

Aus Schweden werden monatlich für etwa 25 bis 30 Millionen Mark Zündhölzer eingeführt. Das Paß mit 10 Schachteln kommt bei der schlechtesten deutschen Valuta auf 6—8 Mark im Kleinverkauf.

**Käsehandel.** Preise werden überall lebendiger angekauft. Die Preise schwanken zwischen 20 und 50 M., da neben dem Fleisch besonders das Fett sehr ist.

**Ein anhänglicher Kriegsgefangener.** Ein irischer Kriegsgefangener, der längere Zeit in Laus (Bezirksamt Würdingen) war, ist dorthin zurückgeführt, um ein Mädchen, dem er das Heiraten versprochen hatte, als Gattin nach Paris zu holen, wo ein Restaurant besitzt. Das Mädchen wird ihm folgen.

**Besteuerung des Müßiggangs.** In der italienischen Kammer wurde von sozialistischer Seite ein Gesetzesantrag eingebracht, wonach der Müßiggang mit einer besonderen Steuer belegt werden soll. Wer trotz Arbeitsfähigkeit weder körperliche noch geistige Arbeit verrichtet und nur von den Zinsen seines Vermögens lebt, soll deren Hälfte an den Staat abführen; vermögenslose Müßiggänger sollen abgehoben werden.

**Auto-unglück.** In San Remo (Oberitalien) stürzte ein vollbesetzter Postkraftwagen über die Straßeneinfahrt in das Felschen Argentinia. 16 Personen sind tot, 21 verletzt.

**Die Getreidepreise** sollen nach der „D. Allg. Wz.“ für die nächste Ernte für Weizen auf 50 M., für Roggen auf 45 M., für Gerste und Hafer auf 40 M. werden. Danach berichtigen sich die bereits mitgeteilten Zahlen eines anderen Berliner Blattes.

**Beschlagnahme verbotener Einfuhrwaren.** Demnach wird eine Verordnung ergehen, nach der Schlagnahme und zugunsten des Reichs verwertet werden sollen. Der Beschlagnahme verfallen alle Waren, die ohne Erlaubnis seit dem 6. Februar eingeführt worden sind oder etwa noch eingeführt werden.

### Badische Landesjugendkonferenz.

**Karlsruhe, 14. Febr.** Zur Beteiligung der Lehrer, Eltern und Schüler an der Schulverwaltung trug der Vertreter der Bad. Handwerkskammer Stadtrat Jermann-Venschal einige Wünsche für die Gewerkschule vor und regte dabei die Verbesserung der Vorbildung der Gewerkschullehrer an. Der Besuch der Gewerkschule müsse außerhalb des Nachmittags stattfinden. — Prof. Dr. Danz-Baden-Baden tritt für eine Physiologenkammer ein, die hätte bei Berufungen von Räten und Sachverständigen mitzuwirken und wäre bei Besetzung der Direktorenstellen zu hören. — Stadtpfarrer Stumpf-Karlsruhe weist darauf hin, daß nach der Verfassung den Eltern das Erziehungsrecht zusteht. Man sollte möglichst oft Elternversammlungen einberufen, denn auch die Eltern sind oft auf ihre Erziehungspflicht hinzuweisen. Wenn Eltern nicht einberufen werden, sollte man die Kirche nicht übergeben. Dem Lehrerkollegium sollte bei der Einrichtung der Schullehrer möglichst freie Hand gelassen werden.

**Bürgermeister Dr. Weich-Eberbach:** Zwischen Gemeinde und Schule findet heute nur noch das finanzielle Band. Das neue Landessteuergesetz wird dieses Band lösen. Die Gemeinden fordern in der Zukunft eine Mitwirkung in der Schule nicht mehr. Die Verfassung sagt ja auch: Die Schule ist Staatschule.

**Prof. Rothbach-Karlsruhe:** Soll die Schule wahrhaft irtie Menschen erziehen, dann muß erst einmal der Lehrer selbst die Freiheit genießen. Redner trat für die kollegiale Schulverwaltung ein.

**Abg. Frau Siebert-Karlsruhe** bedauert, daß die Mütter ausgeschlossen sind vom Mitbestimmungsrecht, ob das Kind Religionsunterricht erhalten soll oder nicht. **Abg. Harrer-Karl-Ludwig** wünscht Ueber-einstimmung der Schule mit dem Elternhaus. Die Not erfordert von uns einen gemeinsamen nationalen Willen, der dadurch geschaffen werden kann, daß wir uns verstehen. Dieser Wille ist religiöser Art. Ich bedauere, daß in den höheren Schulen, sogar in den Volksschulen das Schulgebet gefehlt ist. Manchmal würde ich im Grabe herumdrehen, wenn er erfähre, daß die Schulandacht aus den Säulen verschwunden. — **Abg. Oberlehrer Freig-Mannheim:** Die Wahl des Schullehrers durch die Lehrer würde ein Ausnahmerecht darstellen und ich warne die Lehrer vor dem Verlangen nach Ausnahmestimmungen, wie sie anderen Beamtenkategorien nicht zuteil werden können.

**Abg. Hauptlehrer Biedermann-Bruchsal** erklärte, mit den Ausführungen des Vordröners ganz einverstanden zu sein. Der Lehrer hätte schließlich nur zu wählen und läme nicht zum Schulhaufen, was doch die Hauptsache sei. Die Eltern sehen schon aus den Schulheften, wie es mit ihren Kindern steht.

**Bürgermeister Dr. Gugelmeier-Lörrach** fährt aus in den Gemeinden sei große Verstimung, wie das aus den Worten des Bürgermeisters Dr. Weich hervorgegangen sei, und man sage, die Regierung soll mit der Schule machen, was sie wolle. Dieser Standpunkt sei begreiflich, aber sehr bedauerlich. Die Städte und Gemeinden können nicht damit einverstanden sein, daß man ihnen alles nimmt.

**Bescheidene Geselligkeit.** In Schöneberg-Berlin ist im Rathaus derzeit eine Ausstellung „einfacher Hausrat“ zu sehen, in der auch eine Anzahl geschmackvoll gedachter Tische gezeigt werden, um Beispiele einer „Geselligkeit mit bescheidenen Mitteln“ zu zeigen. Die „Kreuzzeitung“, die darüber berichtet, schreibt dazu: Daß wir in unserm verarmten Land wieder bescheiden werden müssen, ist eine Binsenweisheit. Aber daß unter solcher Nermlichkeit die Geselligkeit nicht zu leiden braucht, so daß sie gerade in solch beschränkten Formen am reichsten auszubilden vermag, das ist eine Tatsache, auf die wir uns erst wieder besinnen müssen. Und doch lehrt das Beispiel der Vergangenheit, daß niemals in der deutschen Kultur die Innigkeit und Feinheit des gesellschaftlichen Zusammenlebens so groß war, als in jenen Tagen, da das Leben sich in den bescheidensten Formen bewegte und die politische Gestaltung Deutschlands sehr gering war. Der Kaiserer Philosoph Karl Joel hat in seinem kurz vor dem Krieg erschienenen, aber heute erst so recht aktuell gewordenen Buch „Antibarbarus“, in dem er der nunmehr zusammengebrochenen, früheren Gesellschaftsordnung einen ersten Spiegel vorhält, betont, daß ein Hochstand der Literatur und Kultur stets mit einem Hochstand weltanschaulichen Lebens verbunden ist. So fällt auch bei uns die Blüte der Geselligkeit mit der Blüte der Dichtung zusammen. Die deutschen „Salons“ die zu Ende des 18. Jahrhunderts in Weimar und Weimar aber ebenso auch in München oder Königsberg in Stuttgart oder Karlsruhe, Tübingen, Heidelberg, Kreibitz ufm. entstanden und zum erstenmal der französischen Gesellschaftskultur etwas Ebenbürtiges an die Seite setzten, bildeten den Nährboden für jene wunderbare Entfaltung der geistigen Kräfte, die unser nationales Selbstbewusstsein schuf. Wir haben längst aufgehört, in dem großen Raum einen trockenen und verächtlichen „Kongress“ zu haben, wie wir ihn einst hatten. Karl Joel eine ebenso feine wie bescheidene Geselligkeit. Täglich versammelte er um Mittag um fünf Uhr in der „Grazien (3)“ und der „Musen“ (9) „Schönheiten und Männer der Provinz waren seine liebsten Gäste und alles „unpolitische“ Zutreten“ war ihm ein Gräuel; er forderte, daß jeder nicht nur innerlich, sondern auch äußerlich seine Bildung vollende, und empfahl zur Verfeinerung der Sitten dringend den Verkehr mit gebildeten Damen. Nichts verlangte für jede geistige Entwicklung, das kleinere Vertrauen der großen Welt“ und schrieb einmal: „Was in der Gesellschaft entsteht, hat für die Provinz mehr Leben und Kraft als das, was in der Abgeschlossenheit entsteht wird.“ Und zu Goethes einsamer Größe gehört als notwendige Ergänzung der wahrhaft aristokratischen und doch in so schlichter Art sich abspielende Verkehr, den er in seinem Haus am Kronenplan empfing. Für Gesellschaften schuf er die Reize und geistige Nahrung; er entwickelte in seinen „Gesprächen“, deren Sammlung wir heute ebensolartig neben seinen Dichtungen steht, ein ausgeglichenes und geistiges Kunst der Unterhaltung, die stets das hohe Vorbild jeder Konversation bleiben wird. Der schwerhörige Idealist Schiller, von dem Goethe sagte, daß er „in der Gesellschaft immer bedenkend und ansiehend zu sprechen“ wisse, bekant: „Ich sehe oft Menschen bei mir, und zu meinem Wohlsein ist dies nötig.“ „Viel Ausgaben wachen meine Butterbrot geistlich nicht“, berichtet er, und wirklich kann man sich nichts Bescheideneres denken als jene Abende um Schillers Tisch, bei denen keine Botte den Tee schenkte. Wie einfach es damals in den Gesellschaften ging, zeigt auch die Erzählung Karoline v. Sumbroldts, die oft preussische Gefandlenfrau in Rom bereits stolz darauf war, wenn sie zum Tee Gehört geben konnte. Die materiellen Vorteile wurden freilich reichlich angewogen durch die glänzende Unterhaltungsweise ihres Gatten, der einen ganzen großen Kreis zu lesen suchte. Damals vor 100 Jahren erlebte auch noch ein Wort Schillers „die glänzende Woche der Berliner Gesellschaft“. „Die Geselligkeit wurde zu einer verfeinerten Kunst, wie seitdem nie wieder in Deutschland.“ sagte Treiltsche.

ep. **Tannelpreis.** Was ist es mit unserm Volk noch kommen! — Geld und Vergnügen! — das erfüllt Sinne und Gedanken von Millionen fast noch als das einzige. Und zwar Geld, nicht bloß erworben auf Grund redlicher Arbeit im Schwitz des Angeichts, sondern eingewonnen vielfach auf dunklen, schloßen Wegen. Wenn unser Volk sich noch länger so zerstreuen läßt vom Schiebergelb, der Vorteil zu erraffen sucht um jeden Preis, wenn auch Hände und Füße dabei tief in Schmutz geraten, wenn die alte Unbescheidenheit des Beamten brüchig wird, wenn Uneigennützigkeit und Redlichkeit ab Korrensache verachtet werden, dann gibts für uns kein Aufwärts mehr, nur noch ein rasendes Niedervwärts. An Vergnügen — mitten in der fürchterlichen Unsicherheit unserer Lage, unserer Wirtschaft und unserer Ernährung und in der empörenden Schwach, die unsere Feinde an einem Vergnügen um Vergnügen! „Großes Tanzfest“ „Nacht-Tanz-Fest“, „Großer öffentlicher Fastnachtsball“ — hat unser Volk seine Taten vergessen? Und soll das wirklich für Tausende unseres Volkes alles sein, was sie an Lebensfreude kennen und erwarben? Ein Tannelpreis hat unser Volk ergriffen. — wer weckt es auf? Wir wird das Erwachen sein? Jetzt sind die Zeiten so, da auch solche Dinge mitten unter andern in allen Feinheiten leben müssen. Es wäre ein Unrecht, wenn sie hier nicht segel werden würden aus Rücksicht auf — die allgemeine Gedankenlosigkeit. Aber dann soll sie auch eudringen in die Gemüter und die Anwendung drauß gezogen werden. Dieser innerste Wunsch — der Wunsch, der Art brauchen.

— **Jugungsverkehr.** Vom 16. Februar an werden die D-Büge 179 und 180 wieder täglich zwischen Frankfurt a. M. und Berlin ausgeführt. Zug 179 mit Anschluss verlags von München (ab 12.00) und Stuttgart (ab 14.47), Frankfurt a. M. Hbf. an 9.00 — Frankfurt a. M. Hbf. ab 9.46, Weihen an 11.16, Kassel an 1.56, Magdeburg an 6.33, Berlin Schles. Bahnhof an 9.35. Zug 180 Berlin Schles. Bahnhof ab 8.51, Magdeburg ab 12.02, Kassel ab 5.13, Weihen ab 8.04, Frankfurt a. M. Hbf. an 9.30.

— **Gierhühnerpreis.** Das würt. Ernährungsministerium hat den Erzeugerpreis für Hühner- und Enten-er von 40 Pfg. auf 60 Pfg. das Stück erhöht. — Jähren hat nach einem Preisverfall von 30 Pfennig.

**Wildbad, 17. Febr.** Der Co. Kirchenhof konnte als Reinertrag von seinem Unterhaltungsabend am 8. Februar die schöne Summe von M. 306 an den Glockenfonds abliefern.

**Letzte amtliche Kurse**  
(ohne Gewähr) mitgeteilt von der  
**Direction der Disconto-Gesellschaft**  
Zweigstelle Wildbad  
früher Stahl & Federer, Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.

Staatspapiere.		Pfundbriefe.	
5% Deutsch. Reichsanleihe	77.50	4% D. Hypothekenbank	(Berlin) per 1921 104.50
4% dergl.	84.70	4% Frankl. Hypothekenbank	94. —
3 1/2% dergl.	58.40	3 1/2% dergl.	—
3% dergl.	64.80	4% Frkf. Hypoth.-Cred. 107.50	—
5% I. Deutsche Schatzanw.	99.90	3 1/2% dergl. - Serie 45	—
5% II. dergl.	98. —	4% Hamburger Hypothek. 112. —	—
5% III. dergl.	92.75	4% Meininger Hypothek. 108.50	—
4 1/2% IV. u. V. Deutsche Schatzanweisungen	77.80	1921/22	—
4 1/2% VI.-IX. dergl.	73.30	4% Mitteld. Boden.-Credit 95.25	—
4 1/2% dergl. p. 1. 4. 1924	83.60	Greiz/Fft. per 1922	—
4% Preuss. Konsols	62. —	4% Preuss. Centr.-Bod.-Cr.	—
3 1/2% dergl.	59.40	per 1922	—
3% dergl.	48. —	3 1/2% dergl. von 1886/98	—
4% Bad. Staats-Anleihe v. 1908/14	73.70	4% Rhein. Hypothekenbank 107.50	—
4% dergl. von 1919	—	3 1/2% dergl. - verlosbar - 94.25	—
3 1/2% dergl. v. 1922/24	—	3 1/2% dergl. - unverlosbar - 90. —	—
3 1/2% dergl. von 1907	—	<b>Industrie-Obligationen.</b>	
4% Bayer. Eisenbahn-Anl.	70.50	4 1/2% Bad. Anilin- u. Sodaf. 151. —	—
3 1/2% dergl.	59.55	4 1/2% Maschinfab. Essling. 105. —	—
4% Hess. Staats-Anleihe v. 1899/1909	70. —	4 1/2% Stuttg. Strassenbahn 102. —	—
3 1/2% dergl.	—	<b>Aktien.</b>	
4% Würt. Staats-Anleihe	82. —	Badische Anilin	875. —
3 1/2% dergl. v. 1875	92.50	Hochemer Gusstahl	—
3 1/2% dergl. v. 1879/80	72.50	Brauerei Tivoli	195. —
1885/95	—	Brauerei Walle	175. —
3 1/2% dergl. v. 1881/85, L-O	84.50	Chem. Fabrik Gräfenheim	425. —
3 1/2% dergl. v. 1903 u. ff.	62.50	Daimler Werke	465. —
3% dergl.	57.50	Deutsche Bank	522.50
<b>Städte-Obligat.</b>		Deutsche Verlagsanstalt	330. —
4% Esslinger per 1919	93. —	Disc.-Kommandit Anteil	244. —
4% Stuttgarter p. 1913/18	98.50	Gelsenkirchener Gusstahl	692. —
3 1/2% dergl. per 1912	84.50	Hamburg-America Paketf.	152. —
<b>Pfundbriefe.</b>		Harpener Bergbau	481. —
4% Würt. Hypothekenbank	110.50	Gebr. Junghans	418. —
1908/23	—	Maschinenfabrik Esslingen	585. —
3 1/2% dergl. - verlosbar - 95. —	—	Nordd. Lloyd	177.50
3 1/2% dergl. per 1912/15	90. —	Würt. Hypothekenbank	180. —
4% Würt. Kreditverein	110. —	Würt. Kattunmanufaktur	295. —
3 1/2% dergl. - ganzjährig - 98.50	—	<b>Devisen.</b>	
3 1/2% dergl. - halbjährig - 93. —	—	Deutsch-Oesterreich	57. —
4% Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank	108.75	Holland	1700. —
3 1/2% dergl. - unverlosbar - —	—	Norwegen	1725. —
4% D. Grundkreditbank	—	Schweden	1880. —
Gotha Abt. 19 10 4. —	—	Schweiz	1695. —

**Wildbad, 17. Febr.** Am Sonntag hielt der Geflügel- und Kaninchenzüchter-Verein nach langen Jahren einmal wieder einen Unterhaltungsabend ab. Nach einer markigen Ansprache des 2. Vorsitzenden begannen die Aufführungen. Großen Heiterkeitserfolg hatten die Stücke „Die Gemeinderatsversammlung in Gräfenhausen“, „Aurelia Schmidt“ und „Die neue Ordonanz“. Die Darsteller gaben sich auch alle Mühe, um den Abend zu einem recht vergnüglichen zu machen. Leider ließ der Besuch zu diesem Abend von Seiten der Mitglieder, sowie der geladenen Gäste sehr viel zu wünschen übrig. Es scheint, daß ein großer Teil der Mitglieder nur dem Verein wegen Bezug der Futtermittel angehört, sonst aber gar kein Interesse für das Vereinsleben zu haben scheint. F.

**Bewerber-Aufruf.**  
Die Bewerber um eine Forstwartstelle wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse und eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes binnen einer Woche hier melden.  
Wildbad, den 16. Februar 1920.  
Stadtschultheißenamt: Baehner.

**Stadt Wildbad.**  
**Bergebung von Grab-, Wegbau- und Pflasterarbeiten.**  
Die Straßenbauarbeiten im Rennbachtal gelangen nach dem Einzelpreisverfahren zur Vergebung. Die Unterlagen: Arbeitsbescheid und Bedingungen werden von der unterzeichneten Stelle unentgeltlich abgegeben.  
Die Angebote sind in verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift: „Straßenbauarbeiten Rennbachtal“ bis spätestens 27. Februar vormittags 11 Uhr hierher einzureichen. Die Eröffnung findet zu dieser Stunde im Sitzungssaal des Rathauses vor den anwesenden Bewerbern statt. Die Zuschlagserteilung unter den Bewerbern behält sich der Gemeinderat vor.  
Stadtbauamt Wildbad:  
Munt.

**Gasthaus z. Alten Linde**  
Heute Fastnachts-Dienstag  
von 5 Uhr ab grosse öffentliche  
**Tanz-Unterhaltung**  
Zu zahlreichem Besuche ladet höflichst ein  
Wilh. Kuff.  
Abends selbstgebadene Fastnachtsküche.

**Gießerei-Roks.**  
Bezugsheine für Gießerei-Roks von Fr. Kloss werden von heute nachm. 2 Uhr ab abgegeben.  
Stadt. Lebensmittelamt.

**Leder-Schuhwaren**  
aller Art:  
Herren-, Damen-, Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel  
Arbeiterschuhe la. Rindlederne für Männer, Frauen, Knaben, Mädchen und Kinder empfiehlt zu billigsten Tagespreisen  
**Hermann Lutz, Wildbad.**  
Alleinverkauf der Marke „Salomander“.

Ich suche einen Waggon taunenes Scheiterholz zu kaufen und bitte um Angebote  
Jakob Volz, Maschinenfabrik Stuttgarter Schwabstraße 47.

**Zinn aller Art kauft**  
**Paul Frey, Altensteig.**  
Näheres bei Ad. Blumenthal, Wildbad.

**Gesucht Abschreiber**  
möglichst mit Maschinenschrift  
Meldungen unter G. 29 an die Exped. ds. Bl. erb.

**Gv. Kirchendorfer**  
Heute Abend 8 Uhr  
**Singstunde.**

Wildbad.  
Beleuchtungskörper, Glühlampen, Taschenlampen mit Akkumulator Elektr. Bügel- u. Koch-Apparate, Glühplatten, Heiz-Kissen und sonstige Schwachstrom-Artikel alles prima Ware zum grössten Teil Friedens-Ware empfiehlt 697  
**Carl Hartmann**  
Elektr. Installation u. mech. Werkstatt

**Parte weiße Hände**  
erzeugt die herrlich duftende „Samentin“. Bei aufgeschwemmter, roter, rissiger Haut und bei Frostbläschen dürfte es nie fehlen. Bei Gebr. Schmitz, Grundner Nachfolger, Prologie Wildbad.

**Verloren**  
ging ein grauer  
**Kinderpelz**  
auf dem Weg zur Meisterei Hütte. Abzugeben gegen Belohnung bei  
K. Volz,  
Wilhelmstr. 23.

**Verloren**  
zwischen Windhoffäge u. wild. Mann eine  
**Brieftasche**  
Inhalt zirka 37 Mark, ein Militärpaß auf den Namen Karl Kung lautend und zwei Bänder von Auszeichnungen. Abzugeben gegen Belohnung auf der Windhoffäge.

**Marder bis 1400 M. Maalwurf**  
weissleder 20 M.  
Winterfeldhasen 15 M.  
Alle anderen Felle auch zu stets allerhöchsten Tagespreisen.  
**E. Malschhofer**  
Moderne Tierauskopperei  
Pforzheim Lindenstr. 52  
Telephon 1501. 875

**Grippel**  
Die Broschüre „Der sein eigener Hausarzt“ ist unentgeltlich für jede Familie. Preis nur M. 1.50 bei Voreinsendung des Betrages.  
Versandhaus Thumm,  
Ludwigsburg.